

SOZIALSTAATSBEITRÄGE: NICHTS NEBENSÄCHLICH AN „LOHNNEBENKOSTEN“

„Lohnnebenkosten“ ist ein Kampfbegriff, der unterstellt, es handle sich um unnötige Ausgaben. Tatsächlich geht es um Sozialstaatsbeiträge. Und die sichern alle Menschen bei Krankheit, Unfall und im Alter ab. Oder unterstützen Familien. Lohnnebenkosten zu kürzen, kommt allen Arbeitnehmer:innen teuer – und zwar mehrfach.

WAS SIND EIGENTLICH „LOHNNEBENKOSTEN“?

Dafür gibt es keine einheitliche Definition. Arbeitgeber sehen gerne alles als Nebenkosten, was nicht direkt Umsatz und Gewinne erhöht. Diese verengte Betrachtung hat mit der Realität wenig zu tun. Bezahlter Urlaub dient der Erholung. Nur so können Menschen dauerhaft in ihrer Arbeit produktiv sein. Auch das 13. und 14. Monatsgehalt sind in den Kollektivverträgen verankert und Teil des Entgelts.

Was jedenfalls unter „Lohnnebenkosten“ fällt, sind die **Arbeitgeberabgaben auf den Bruttolohn**. Zu diesen Sozialstaatsbeiträgen gehören:

Sozialstaatsbeitrag		Nutzen für die Beschäftigten
Pensionsversicherung	12,55%	Pension
Krankenversicherung	3,78%	Gesundheitsversorgung und Krankengeld
Arbeitslosenversicherung	2,95%	Arbeitslosengeld, Qualifizierung
Unfallversicherung	1,10%	Versorgung bei Unfällen
Insolvenz-Entgelt-Fonds	0,10%	Lohnzahlung bei Pleite des Arbeitgebers
Abfertigung-Vorsorgekasse	1,53%	Anspruch auf Abfertigung
Wohnbauförderung	0,50%	Leistbare Wohnungen
Familienlastenausgleichsfonds	3,70%	Familienbeihilfe , Kinderbetreuungsgeld, Freifahrt, Schulbücher usw.
Kommunalsteuer	3,00%	Schulen, Kindergärten, öffentlicher Verkehr, Abwasser u. v. a. Gemeinde-Services

ARBEITNEHMER:INNEN ZAHLEN DOPPELT DRAUF

Bedeutet eine Kürzung der Lohnnebenkosten eine Entlastung der Beschäftigten? Nein! Diese wandert nämlich zuerst einmal in die Taschen der Arbeitgeber. Viele neue Studien zeigen, dass geringere Arbeitgeber-Beiträge keineswegs den Beschäftigten zugutekommen, nur den Unternehmen. Deren Gewinne erhöhen dadurch.

Was noch passiert: **In den Sozialstaat reißt das massive Budgetlücken**. Springt dann die Regierung ein, zahlen das die Arbeitnehmer:innen. Denn sie finanzieren den allgemeinen Staatshaushalt zu 80%. Springt die Regierung nicht oder nicht zur Gänze ein, drohen Kürzungen der Sozialleistungen. Kurz: Eine Senkung der Lohnnebenkosten ist ein trojanisches Pferd für die arbeitenden Menschen. Denn sie zahlen doppelt drauf, während die Arbeitgeber:innen profitieren.

WELCHE KÜRZUNGEN BEI SOZIALLEISTUNGEN DROHEN?

Aktuell wird diskutiert, die Sozialstaatsbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds und zur Arbeitslosenversicherung zu kürzen. Die möglichen Folgen:

- **Weniger Familienbeihilfe** und Kinderbetreuungsgeld für Eltern in Karenz
- **Geringeres Arbeitslosengeld**, schnelleres Abrutschen in die Armut nach Jobverlust

Weitergehende Kürzungen, wie von manchen Parteien gefordert, könnten bedeuten:

- **Längere Wartezeiten** auf Arzttermine und Operationen, Ambulanzgebühren im Spital
- **Weniger Mittel** für Gemeinde-Kindergärten, -Schulen und Öffis

16,3 MRD. WENIGER DURCH KÜRZUNGEN SEIT 2015

In den letzten Jahren haben die Arbeitgeber:innen immer wieder Kürzungen der Lohnnebenkosten gefordert. Und auch bekommen. Diese haben u.a. **Löcher in die Unfallversicherung sowie die Töpfe für Familien gerissen**. Fazit: Insgesamt fehlen 2025 bereits 2,8 Mrd. Euro pro Jahr. Oder fast 16,3 Mrd. Euro seit 2015. Dringende Maßnahmen konnten damit nicht umgesetzt werden, wie z.B. die Anerkennung von neuen Berufskrankheiten.

Kürzungen von Lohnnebenkosten in den letzten 10 Jahren	
2015	Unfallversicherung (UV) von 1,4% auf 1,3% und Insolvenzbeitrag (IESG) von 0,55% auf 0,45%
2016/17	Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) von 4,5% auf 4,1% und IESG von 0,45% auf 0,35%
2018	FLAF von 4,1% auf 3,9%
2019	UV von 1,3% auf 1,2%
2020/22	IESG von 0,35% auf 0,1%
2023	FLAF von 3,9% auf 3,7% und UV von 1,2% auf 1,1%
2024	Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AIV) von 3,0 auf 2,95%

Verlust jedes Jahr*	
FLAF	- 1.556 Mio.
UV	- 496 Mio.
IESG	- 697 Mio.
AIV	- 82 Mio.
Gesamt	- 2.831 Mio.

* ab 2025; Quelle: Einzelsteuerliste, Berechnungen Mattias Muckenhuber und Miriam Fuhrmann

DAS WAHRE PROBLEM: UNEHRLICHE UNTERNEHMEN

Das wahre Problem ist: Manche unehrlichen Unternehmen **verursachen durch fragwürdige Geschäftsmodelle hohe Kosten für den Sozialstaat**. Beispiele wie Signa, Hygiene Austria oder die Ex-Firmen von Martin Ho zeigen das. Sie parken ihre Beschäftigten beim AMS, drücken sich um Sozialversicherungsbeiträge oder hängen ihre Lohnkosten durch Insolvenzen der Allgemeinheit um. Beschäftigte und anständige Unternehmen, die sich an Gesetze halten, zahlen die Zeche dafür.

AK FORDERT: SCHWARZE SCHAFEN IN DIE PFLICHT NEHMEN!

- **Kampf gegen unlautere Unternehmenspraktiken:** Erstauftraggeber-Haftung, Reform des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes mit wirksamen Strafen, mehr Personal für Finanzpolizei & Co. für mehr Kontrollen, kein „Zwischenparken“ beim AMS
- **Faire Beteiligung von Reichen und Konzernen** an der Finanzierung des Sozialstaats
- Änderungen der Sozialstaatsbeiträge nur im Zuge einer Gesamtreform, die auch in Zukunft die **Qualität unseres Sozialstaats sicherstellt**

Wenn alle Unternehmen ihren Pflichten nachkommen, gibt es auch Spielräume für eine Neugestaltung der Abgaben im Sinne von Beschäftigten und redlichen Unternehmen.

KONTAKT

ÖGB, Volkswirtschaftliches Referat
volkswirtschaft@oegb.at

AK Wien, Abteilung Sozialpolitik
sybille.pirklbauer@akwien.at